

Pressespiegel

- BNN Bruchsal
- BNN Bretten
- BNN Kreisseite
- Brettener Woche
- Kurier
- Pforzheimer Zeitung
- Mühlfacker Tageblatt
- Handelsblatt
- IHK
- Wochenblatt

- www.bruchsal-xl.de
- www.ka-news.de
- www.bruchsal-net.de



Bruchsal

Datum: *10 Nov*... 2009

„Wir kämpfen für Mindestlöhne“, Stefan Rebmann, Vorsitzender der DGB-Region Nordbaden, zu Hartz IV, Altersteilzeit und Rente mit 67

Kreis Karlsruhe. „Stürmische Zeiten“ erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund in Folge der Politik der neuen Bundesregierung. So hat es der Landesvorsitzende Rainer Bliese-

ner bei der Gründung der DGB Region Nordbaden in Bruchsal gesagt (die BNN berichten). Diese Zeiten fallen in eine Phase der Umorganisation beim DGB. In Baden-Württemberg werden elf Regionen zu vier zusammengefasst. Für

Nordbaden ist Stefan Rebmann (Schwetzingen) zum Vorsitzenden gewählt worden. Im Gespräch mit unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld schildert Rebmann, wie sich der DGB neu aufstellt und wo er politisch Akzente setzen wird.

Die Zusammenfassung von drei Regionen zu einer großen in Nordbaden sieht nach äußerem Zwang aus...

Rebmann: Es ist in der Tat so, dass sich der DGB infolge des Mitgliederchwundes bei den Gewerkschaften und der daraus resultierenden finanziellen Schwächung neu strukturieren muss. Aber wir wollen das so gestalten, dass wir dennoch in der Fläche schlagkräftig bleiben oder sogar schlagkräftiger werden.

Wie funktioniert das?

Rebmann: Wir stärken den DGB vor Ort. In jeder kreisfreien Stadt und in jedem Landkreis

gibt es eine eigene Einheit. Diese wird persönlich und finanziell mit beträchtlichen Kompetenzen ausgestattet sein.

Ich dachte, der DGB müsste sparen?

Rebmann: Das heißt ja nicht, dass wir neue Leute beschäftigen. Tatsächlich werden wir

BNN-Interview

viel über das Ehrenamt bewältigen müssen. Aber ein örtlicher DGB-Vorsitzender kann ja durchaus auch – beispielsweise – ein hauptamtlicher Metallgewerkschafter sein. Der Aufbau dieser neuen Struktur wird knochenharte Arbeit sein.

Harte Arbeit steht Ihnen auch politisch bevor. Welches sind denn die zentralen Themen?

Rebmann: Ein Beispiel ist die Rente mit 67. Für mich ist das der vollkommen falsche Weg. Das ist faktisch ein Rentenkürzungsprogramm. In diesem Zusammenhang muss man auch über die Altersteilzeit sprechen: Die geförderte Altersteilzeit muss im Sinne einer „Beschäftigungsbrücke“ weiter unterstützt werden. Ich sage Ihnen auch, warum. Ich kenne einen großen Betrieb, der 220 Kräfte in Altersteilzeit hat und dafür 180 Auszubildende übernimmt. Wenn 2010 die Altersteilzeit nicht mehr gefördert wird, übernimmt er gerade zwei Dutzend.

Hartz IV ist für den DGB ein Dauerbrenner. Auch künftig?

Rebmann: Aber sicher, auch wenn man anerkennt, dass die Bundesregierung einige Verbesserungen vornimmt. Stichwort: Schonvermögen. Aber Hartz IV führt zu schnell zum sozialen Abstieg. Es wird dem Betroffenen jegliche Arbeit zugemutet, auch bei 30 Prozent unter dem örtlichen Tarif. Damit wird Lohndumping legitimiert. Weil wir das nicht wollen, kämpfen wir für Mindestlöhne.

Ihr Landesvorsitzender sieht für Städte und Gemeinden einen regelmäßigen finanziellen Engpass. Sie auch?

Rebmann: Das ist eine Folge der Krise, und es wird ganz eng für die Kommunen. Hinzu kommt die Dauerkonkussion um das Ende der Gewerbesteuer. Der Spielraum der Gemeinden für Investitionen an Ort wird noch geringer. Ganz aktuell ist das Thema Besteuerung von Müll-

abfuhr und Abwasser. Das heißt doch am Ende, dass wieder an der Gebäurenschraube gedreht wird. Das können die Menschen nicht mehr bezahlen.

... auf die ja theoretisch noch andere Belastungen zukommen?

Rebmann: Richtig. Beim Krankenkassenbeitrag wird der Arbeitgeberanteil eingefroren, wenn es nach Herrn Rössler geht. Der Arbeitnehmer wird hier verstärkt belastet.

Bei der Delegiertenversammlung haben Sie und Ihr Karlsruher Kollege Martin Spreng den „Kampf gegen rechts“ betont. Wie werden Sie weiter kämpfen?

Rebmann: Das bleibt für uns Gewerkschafter eine kontinuierliche Aufgabe. Die Gefährdung ist da und die Rechten sind in ihrer Vorgehensweise immer subtiler. Alle Demokraten müssen in dieser Frage zusammen stehen, und sie tun es auch. Eine konkrete Anregung in dieser Frage ist die Methode des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes, der mit offenem Visier in Versammlungen gegen Rechtsextreme vorgeht.



Stefan Rebmann

Foto: pr